

den. Die „Widerspruchsuchenden“ verstanden ihre Forderungen nach mehr Freiheitsrechten daher als universalistisch.

Diese verdienstvolle Studie gewährt Einblicke in die politischen, sozialen und kulturellen Prägungen junger Oppositioneller und macht das spezifische Milieu sichtbar, aus dem heraus ihr Protest und die Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten erwachsen konnte. Es wird deutlich, dass es im Verhältnis polnischer und jüdischer Geschichte bis heute rivalisierende Konzepte von „Polonität“ gibt. Insgesamt vermittelt diese Arbeit neue Erkenntnisse zum Charakter der Studentenproteste 1968 in Polen und ihrer langfristigen Folgen.

Berlin

Beate Kosmala

Klaus Bachmann: Politik in Polen. (Serie Brennpunkt Politik.) Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2020. 197 S. ISBN 978-3-17-034547-8. (€ 26,-)

Wie konnte Polen vom Muster- zum Problemland der EU werden? Klaus Bachmann, der seit 1988 in Polen lebt und nach seiner Korrespondententätigkeit für verschiedene deutsche Medien eine Professur am Sozialwissenschaftlichen Institut der privaten Warschauer Hochschule für Sozialpsychologie (SWPS) innehat, verknüpft die Frage nach dem Erfolg der rechtspopulistischen PiS-Partei mit einer Überblicksdarstellung der politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Transformation in Polen nach 1989. Dabei betont er die trotz gewaltiger Umwälzungen institutionelle Kontinuität und Stabilität seit 1989, legt aber auch frei, wie der „relative Bruch“ (S. 12) durch die Regierungsübernahme der PiS im Jahr 2015 bereits in Entwicklungen der vorangegangenen Jahre angelegt war.

Im Kapitel zum Demokratisierungsprozess betont B. die Stabilität durch die Beteiligung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am „verhandelten Übergang“ von 1989, sieht aber auch den Nachteil, dass sich Kritik am neuen System dadurch fast ausschließlich im rechten Spektrum gesammelt habe. Im Kapitel zum Staatsaufbau problematisiert B. vor allem den mangelnden Rückhalt für die neue Verfassung von 1997. Ein „Verfassungspatriotismus“ habe sich so als Alternative zu einem kulturell und ethnisch begründeten Nationenverständnis nicht herausbilden können. Interessant ist sein Befund, dass sich durch die Verfassung, aber auch durch den EU-Beitritt 2004 das Machtgewicht zunehmend weg von Parlament und Präsident hin zur Regierung verschoben habe (S. 51 f.).

Polens Außenpolitik, auch in Bezug auf Deutschland, sei in den Jahren nach 1989 von den Konstanten „Westbindung“ und „Sicherung des territorialen Status Quo“ geprägt gewesen. Innerhalb der EU wurde Polen, das sich ab 2004 als Mittler gegenüber den osteuropäischen Nicht-EU-Staaten profiliert hatte, durch die Invasion Russlands in der Ukraine und ab 2015 durch die von „Illusionen und Obsessionen“ (S. 78) geprägte, strategielose Politik der PiS-Regierung geschwächt. Auch die Deutschlandpolitik der PiS sei geprägt von innenpolitischem Kalkül, Unprofessionalität und Ressentiments bis hin zu Verschwörungstheorien, bei gleichzeitigem Respekt – auch aufgrund der Abhängigkeit der polnischen Wirtschaft von Deutschland.

Im Kapitel zu der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschreibt der Vf. die ökonomische Transformation nach 1989, dank stabiler Institutionen und westlicher Unterstützung, als erfolgreich, trotz aller sozialen Härten. Probleme sieht B. vor allem in der demografischen Entwicklung, die zu einer Überlastung der Renten- und Gesundheitssysteme und einer Entfremdung gerade der Jüngeren vom Staat führen könnte, die beide Systeme durch Steuern finanzieren würden, aber ansonsten kaum in den Genuss von Sozialleistungen kämen. Im Schlusskapitel zeichnet B. Genese, Inhalte und Folgen der umstrittenen Justizreformen ab 2015 nach.

B. beschreibt somit eine Reihe von Bruchlinien und Pfadabhängigkeiten, die den „relativen Bruch“ der PiS-Regierungsübernahme 2015 und die heutigen innen- wie außenpolitischen Konflikte nachvollziehbar machen. Gründe dafür sucht er vor allem auf der Ebene der politischen Kultur, einer bei weiten Teilen der politischen Eliten und Bevölkerung ver-

breiteten apolitischen und undemokratischen Sehnsucht nach „Wahrheit“ und „Einheit“, eines ungebrochenen Nationalismus und des notorischen Bezugs auf die Vergangenheit: In allen Teilen des politischen Spektrums werde das Selbstbild von Opfern und Held/inn/en kultiviert, unabhängig davon, wie problematisch diese im Einzelfall sind (etwa im Falle der teils an antisemitischen Verbrechen beteiligten antikommunistischen „verfemten Soldaten“). All dies leuchtet ein, erklärt aber nicht, *warum* es 2015 zum autoritären Bruch kam. Hier wäre es gut gewesen, hätte der Vf. noch ein Kapitel zu aktuellen Erklärungsversuchen aus Politik- und Sozialwissenschaften hinzugefügt. B. verweist – David Ost nicht unähnlich¹, ohne ihn zu nennen – auf die Schwäche der Gewerkschaften, die dazu führ(t)e, dass sich ökonomisch motivierter Protest in einer politischen Kultur wie der oben skizzierten nationalistisch bzw. von rechts äußer(t)e. Im Unterschied zu Ost und auch der polnischen Linken verwirft er aber sowohl den Faktor sozialer Ungleichheit als auch – als mögliche Gründe für Protest – die Dominanz eines marktradikalen Diskurses bei gleichzeitiger Marginalisierung der Gewerkschaften. Auch die Diskussion um die schwindende Überzeugungskraft neoliberaler Narrative² übergeht B., indem er den Begriff „neoliberal“ nonchalant als „sozialistischen“ Kampfbegriff verwirft (S. 138). So vermittelt B. über weite Strecken den Eindruck, die polnischen Wähler*innen hätten in Verknennung der eigentlich guten Lage aufgrund irrationaler Vorstellungen eine ebenso irrationale wie unprofessionelle Regierung gewählt, was zwangsläufig in ein ernüchterndes Fazit münden muss: Polen befinde sich in einer Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur, die Rückkehr zu liberaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werde zunehmend schwierig.

Bremen

Jacob Nuhn

¹ DAVID OST: *The Defeat of Solidarity. Anger and Politics in Postcommunist Europe*, Ithaca 2005.

² Etwa bei MACIEJ GDULA: *Nowy autoritarizm [Der neue Autoritarismus]*, Warszawa 2018.

Stubborn Structures. Reconceptualizing Post-Communist Regimes. Hrsg. von Bálint Magyar. Central European University Press. Budapest – New York 2019. XII, 675 S., Kt., Tab. ISBN 978-963-386-214-8. (€ 50,-)

Drei Jahrzehnte nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen in Europa versammelt der Band einige der zentralen Ansätze und Thesen zur Geschichte der postkommunistischen Zeit. Die Autoren des Bandes verbindet dabei eine kritische Sicht auf die Gesellschaften Osteuropas und auf den postsowjetischen Raum. Ihr Anliegen ist es zu erklären, warum die normativen Erwartungen, die in den 1990er Jahren an die Transformation dieser Länder formuliert wurden, so in der Regel nicht eintraten. Zwar sind in vielen Staaten der Region nach dem Ende der Diktatur demokratische Institutionen entstanden, und den Staaten Ostmitteleuropas und dem Baltikum gelang der Eintritt in westliche Organisationen wie NATO oder Europäische Union. Doch in der Gegenwart zeigt sich, dass zahlreiche Beobachter und auch Akteure in den Staaten selbst das Gewicht des kommunistischen Erbes unterschätzten. Auch eine Generation später bleibt die Prägung durch die kommunistische Herrschaft ein politisches, kulturelles und soziales Phänomen, dessen Einfluss nur langsam schwindet.

Die sozialwissenschaftlichen Konzepte, die diesen Band prägen, wurden von Bálint Magyar und Henry E. Hale entwickelt. Dabei handelt es sich um Magyars Idee eines postkommunistischen „Mafiastaates“, der insbesondere auf informellen Elitenetzwerken fuße, und Hales Konzept patrimonialer Strukturen, auf denen die autoritären Systeme der Gegenwart beruhen. Beide Autoren haben das Anliegen, postkommunistische Staaten nicht an ihren demokratischen Fortschritten zu messen, sondern sie als Systeme *sui generis* zu verstehen. Der Band enthält analytisch-sozialwissenschaftliche und historisch-erzählende Beiträge und eignet sich durch die Vielfalt der berücksichtigten Staaten auch gut als